



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/17 - 21.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Bundesregierung verwässert Bundestagsbeschluss	S. 1
Unruheherd Tunesien	S. 3
Kriegsgefangene als Sklaven festgehalten	S. 4
Beilagen: Kommuniqué über PV-Sitzung EntschlieBungen	

In Verzug gekommen

Von Herbert Wehner, MdB

Vor beinahe vier Monaten verkündete der Bundeskanzler dem Bundestag, er werde sehr bald den Entwurf einer Wahlordnung für die Wahlen einer Deutschen Nationalversammlung dem Bundestag vorlegen. Sobald diese Wahlordnung die Zustimmung des Bundestages gefunden habe - fügte der Kanzler hinzu -, werde sie den vier Besatzungsmächten, den Vereinten Nationen (UN) und den Sowjetzonen-Behörden zugeleitet werden.

Das war am 27. September. Anfang November ließ die Bundesregierung im "Bulletin" des Presse- und Informationsamtes eine Wahlordnung veröffentlichen. Doch es war nicht dieselbe, deren Grundzüge der Bundeskanzler in den weitgehend bekanntgewordenen 14 Punkten am 27. September dargelegt hatte. Es bekam sie auch nicht der Bundestag, sondern der Bundesrat.

Aus einer Wahlordnung, die dem Zwecke dienen sollte, in allen Teilen Deutschlands freie Wahlen unter internationaler Kontrolle zu sichern, war im Kabinett eine Art Zusatz zum Bonner Grundgesetz geworden. Mit diesem Zusatz oder Fortsatz sollte die durch freie Wahlen zu bildende Nationalversammlung von vornherein in einen ganz bestimmten Rahmen geprägt werden.

Über diese Verschiebung der Gewichte ist monatelang hin- und herdiskutiert worden, in der Presse, in Versammlungsreden und im Bundesrat. Der vom Volk gewählte Bundestag aber erhielt keine Gelegenheit, sich zu dieser "Wahlordnung" zu äußern und sie umzugestalten. Wiederholt hat Dr. Schumacher für die SPD erklärt, die SPD lege Wert darauf, die in den Beschlüssen des Bundestages vom 27. September zum Ausdruck gekommene Übereinstimmung wieder herzustellen. Der Bundeskanzler sucht leider immer noch nach Wegen, die an diesen Beschlüssen vorbeiführen.

Inzwischen hat die sowjetzonale Volkskammer eine aus 48 Paragraphen bestehende "Wahlordnung" verabschiedet. Sie hat -

komischerweise - eine gewisse Zustimmung bei Herrn Ministerpräsident Dr. Ehard von Bayern gefunden, der sich mit der in den Beschlüssen des Bundestages vom 27. September in den Grundlagen skizzierten Wahlordnung gar nicht befreunden wollte. Bei näherem Zusehen wird allerdings auch Herrn Dr. Ehard klargeworden sein, daß die derzeitige sowjetzonale "Wahlordnung" einige erhebliche Pferdefüße hat.

Die sowjetzonale "Wahlordnung", die von einer elfköpfigen Kommission entworfen wurde, in der unter Ulbrichts Leitung acht Funktionäre der SED dafür sorgten, daß die SED gesichert werde, sollte ohne internationale Kontrolle funktionieren. Die Wahlkreisordnung ist so konstruiert, daß der "Block" der sowjetzonalen Länder mit einem "Block Parteienapparat" schwer in's Gewicht fallen soll. Schließlich hat sie als Kernstück einen zentralen "Wahlausschuß", in dem - wie in seinen Wahlkreisablegern - die "Massenorganisationen" das Übergewicht über die politischen Parteien haben würden und dessen Befugnisse so gut wie unbegrenzt wären. Es wäre eine Art von illegaler "Regierung".

Die Bundesregierung hat zwar nach der Verkündung des sowjetzonalen Entwurfs einen Versuch unternommen, die ins Stocken geratene Arbeit an der eigenen Wahlordnung wieder flott zu bekommen. Aber teils haben "Föderalisten" Einwände, teils hat eine bei einigen leitenden Männern der CDU um sich greifende Abneigung gegen die Beschäftigung mit einer konkreten Wahlordnung diese Ansätze wieder zum Stehen gebracht.

Die drei Regierungsparteien haben nun im Bundestag eine Interpellation eingebracht, um der Regierung Gelegenheit zu geben, über das Ergebnis der Pariser UN-Beratungen vom Dezember zu berichten, die mit dem Beschluß endeten, einen fünfgliedrigen Ausschuß einzusetzen, der in allen Teilen Deutschlands die Voraussetzungen für freie Wahlen untersuchen soll. Wollen die propagandistischen Dirigenten der Regierungskoalition ihre eigene Regierung der peinlichen Situation aussetzen, einen Bericht zu erstatten, ohne selbst über einen eigenen konkreten Schritt nach vorn berichten zu können? Soll die UN-Kommission sich eines Tages mit dem sowjetzonalen Wahlordnungsvorschlag befassen müssen, ohne einen brauchbaren Vorschlag demokratischer Prägung von der Bundesrepublik zur Hand zu haben?

Die SPD-Opposition im Bundestag hat durch verantwortliche Sprecher erklärt, daß sie bereit ist, bindend zum Ausdruck zu bringen, daß sie bei der Wiedervereinigung eine bundesstaatliche Regierung anstrebt und nicht auf einen "zentralistischen Einheitsstaat" hinauswill. Es bleibt die Frage, warum auch jetzt noch nicht Dampf hinter die Arbeiten zur Fertigstellung eines brauchbaren Wahlvorschlags-Entwurfs gemacht wird. Die Bundesregierung ist in Verzug geraten. Sie muß endlich dem Bundestag zubilligen, was des Bundestages ist, d.h. sie muß dem Bundestag eine Vorlage reichen, aus der eine tragbare und tragfähige Wahlordnung erarbeitet werden kann.

Gärung in Tunesien

A.F. - Paris

In Tunesien kam es viel schneller als allgemein erwartet zur ersten politischen Explosion. Ernste Zwischenfälle und Todesopfer gehören in diesem allgemein sehr ruhigen arabischen Land zu den Seltenheiten und verdienen daher besondere Beachtung. Im Hintergrund der Unruhen steht der Streit um die zukünftige Form der Zusammenarbeit zwischen Tunesien und Frankreich. Weitgehende Reformen werden von französischer Seite nicht abgelehnt, es scheint aber keine Möglichkeit zu bestehen, sich über die grundsätzlichen Fragen der zukünftigen tunesischen Souveränität zu einigen. Während der Bey von Tunis und seine Minister die bedingungslose Wiederherstellung der tunesischen Souveränität fordern und die französischen Bewohner in Tunesien nur als bevorrechtigte Ausländer anerkennen wollen, besteht Frankreich auf der sogenannten Co-Souveränität, d.h. der gemeinsamen gleichberechtigten Verwaltung eines juristisch unabhängigen Tunesiens durch die dort lebenden Araber und Franzosen.

Die arabische Aktion in Tunesien war nach den Paris verfügbaren objektiven Informationen sorgfältig vorbereitet. Bereits vor einigen Wochen fand innerhalb der UNO eine Sitzung der arabischen Staaten statt, in der der tunesische Unabhängigkeitsführer Bourguiba erklärte, er werde die nötigen Schritte unternehmen, um rechtzeitig in Tunesien Unruhen auszulösen, wodurch es möglich würde, die Vereinten Nationen mit der Frage der tunesischen Unabhängigkeit zu befassen. In den letzten Wochen hielt Bourguiba eine Reihe ziemlich revolutionärer Reden in Tunesien, die zu den inzwischen blutig niedergeschlagenen Demonstrationen und zu seiner Verhaftung führten.

In Paris verfolgt man offiziell die tunesischen Ereignisse ohne jede Beunruhigung. Man ist fest davon überzeugt, das Heft auf jeden Fall in der Hand behalten zu können. Die Agitationen beschränken sich nur auf eine Minderheit. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde der Bey von Tunis in kurzer Frist auf jeden weiteren Widerstand verzichten und die Zusammenarbeit mit Frankreich wieder aufnehmen. Die Tunesier wären alles andere als Kämpfernaturen, man könne sie ruhig als ausgesprochen feige bezeichnen. Es ist kein

Zufall, wenn sich in den französischen Kolonialtruppen nie tunesische Elemente befanden. Man rechnet zudem in französischen Kreisen mit der amerikanischen Neutralität. Einerseits ist Tunis vorläufig für die Vereinigten Staaten ohne größeres Interesse, andererseits sind die neuerdings von Washington mit Ägypten gemachten Erfahrungen nicht gerade ermutigend für eine weitere Unterstützung der arabischen Völker.

Ein anderes, beruhigendes Argument ist für die französische Politik die zur Zeit hinter den Kulissen in Paris stark unterstrichene Käuflichkeit hoher tunesischer Persönlichkeiten. Es wird behauptet, ein an sich unbedeutendes wirtschaftliches Zugeständnis an einen maßgebenden tunesischen Minister hätte dieser Tage ausgereicht, um die ganze Angelegenheit bis auf weiteres zu vertagen. Man darf sich die Frage stellen, ob es nicht ungeschickt ist, die tunesischen Gegenspieler nur zu verachten und vielleicht zu unterschätzen, unter Vernachlässigung der allgemeinen, internationalen Entwicklungstendenzen, besonders in den noch nicht unabhängigen Ländern.

+ + +

Sklavenhalterei

-x. Die UNO-Kommission zur Prüfung der Kriegsgefangenenfragen ist nunmehr in Genf zusammengetreten. Von deutschen Organisationen sind ihr über 100000 sichere Adressen, vorwiegend in Rußland Zurückgehaltener, als Arbeitsunterlage überreicht; aber man spricht von über einer Million, die insgesamt noch in Rußland zurückgehalten werden und diese Zahl basiert auf den allerdings sehr widerspruchsvollen Angaben der Regierung der Sowjetunion einerseits und den Aussagen der Zurückgekehrten andererseits. Die Sowjetunion hat sowohl die Prüfung dieser Frage, wie die Mitarbeit in dem entsprechenden UNO-Ausschuß abgelehnt.

Eine Million - was bedeutet das? Über die millionenfach enttäuschte Erwartung der Heimkehr, sowohl bei den Gefangenen selbst, wie bei ihren Angehörigen ist viel gesagt worden; aber hier wird nun ein neues Kapitel menschlicher und institutioneller Grausamkeit in der Weltgeschichte geschrieben. Der Hintergrund dieser Grausamkeit

ist das kalte Bestreben nach materieller Leistung, nach unbezahlter Sklavonarbeit, das auch nicht mit dem Hinweis auf den Wiederaufbau materieller Werte durch die beteiligten Zerstörer vor dem Weltgewissen begründet oder entschuldigt werden kann.

Denn eine Million, das sind bei dem zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstag der Gefangenen, die oft auch keinen Sonntag kennen, jährlich etwa drei Milliarden Arbeitsstunden - nur dieser einen Million - wobei man bedenken muß, daß es zuvor viele Millionen gewesen sind. Diese drei Milliarden Arbeitsstunden werden seit nunmehr sieben Jahren geleistet, wenn man sie nur seit dem Zeitpunkt rechnet, von dem ab die Russen einmal propagandistisch versprachen, alle Kriegsgefangenen nach Hause zu senden. Also, seit dem Ende des Krieges. Und diese zwanzig Milliarden fast kostenloser Arbeitsstunden bedeuten einen Wertzuwachs des russischen Sozialproduktes, bedeuten neue Straßen und Kanäle, viel Arbeit unter Tage, Kultivierung zuvor unbewohnbarer Gebiete, Errichtung neuer Industriewerke und Städte usw., im Werte von mindestens zwanzig Milliarden DM. Das ist der unsentimentale, nackte Hintergrund des russischen Protestes gegen "amerikanische Greuelpropaganda zugunsten von Kriegsverbrechern".

Es wäre leicht für die UdSSR, sich von den gegen sie erhobenen Vorwürfen teilweise zu entlasten. Sie hat keine Totenlisten geführt und man sagt, hier sei die Möglichkeit einer weitgehenden Aufklärung über die Differenz zwischen den Gefangenen und Entlassungszahlen gegeben. Man, auch die Aufklärung dieser Differenz über die Feststellung "verstorben" würde den Vorwurf der unvorstellbaren Grausamkeit an diesen Gefangenen nicht entkräften. Er könnte aber beseitigen: Die Ungewisheit der vielen Millionen Wartenden in der Welt und ebenso den Vorwurf der unbarmherzigen Sklavenhalterei.

An beidem ist die Sowjetunion nicht interessiert. Was kümmert sie die Meinung der Welt bei einem Wertzuwachs von jährlich drei Milliarden. Das Risiko einer Einsicht in die sowjetischen Verhältnisse durch eine UNO-Kommission scheint ihr neben dem Verlust dieses Wertzuwachses zu groß, als daß es durch eine künftige gute Meinung über die Sowjetunion aufgehoben werden könnte.

Verantwortlich: Peter Raunau

20. Januar 1952

Kommuniqué
über die Tagung von Parteivorstand, Parteiausschuß und
Kontrollkommission der SPD vom 18. bis 20. Januar 1952

Im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission vom 18. bis 20. Januar in Bonn stand die Diskussion über den von der Bundesregierung geplanten deutschen militärischen Beitrag für die Verteidigung des Westens. Die Diskussion fand ihren Niederschlag in einer bei zwei Stimmenthaltungen einmütig angenommenen Resolution, die die Zustimmung zu einem solchen Beitrag unter den gegebenen Voraussetzungen ablehnt. Die Resolution wurde sofort der Öffentlichkeit übergeben.

Der Aussprache war ein ausführliches Referat des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei, Erich Ollenhauer, vorangegangen.

Ein anderer besonders wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Stellungnahme der Partei zu dem alliierten Einspruch in der Frage der Berlin-Gesetzgebung des Bundes. Dazu sprach der Regierende Bürgermeister von Berlin, Prof. Reuter. Auch zu diesem Punkt wurde eine Stellungnahme der Partei veröffentlicht.

Schließlich gab am Sonntag das Vorstandsmitglied Fritz Heine eine ausführliche Darstellung über die verschiedenen antidemokratischen Aktivitäten in der Bundesrepublik, wobei er feststellte, daß leider eine ganze Reihe von Vorgängen zu verzeichnen seien, die erkennen lassen, daß die Bundesregierung solche politischen Tendenzen fördere.

Am Freitag nachmittag hatte der Parteivorstand einem Sozialisierungsgesetzesentwurf grundsätzlich zugestimmt, den Dr. Harald Koch eingehend erläutert und begründet hatte.

Über interne Organisationsfragen der Partei sprach das Vorstandsmitglied Egon Franke.

Der Parteivorstand einigte sich darauf, daß der diesjährige Parteitag der SPD voraussichtlich vom Mittwoch, dem 24. September bis Sonntag, dem 29. September in Dortmund stattfinden soll. - Die nächste Vorstandssitzung wird am 22. Februar, die nächste gemeinsame Tagung von Parteivorstand und Parteiausschuß vom 5. bis 6. April stattfinden.

Vor Beginn der Beratungen beschloß die Versammlung, dem erkrankten Vorsitzenden der Partei, Kurt Schumacher, die herzlichsten Grüße und die besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung zu übersenden. In dem Telegramm heißt es u.a.: "Mit großer Freude haben wir davon Kenntnis genommen, daß wir Dich bald wieder an der Spitze unserer Partei sehen werden".

+ + +

20. Januar 1952

Zur Ausbeutung in der Sowjetzone

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist eine neue Welle der Ausbeutung angelauten. Nach Erzwingung der Kollektivverträge und Beseitigung von in jahrzehntelangen Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung errungenen Rechten ist seit 1. Januar 1952 unter der verlogenen Bezeichnung "Nationalhilfe für Berlin" von den Sowjetzonenmachthabern zur Zeichnung einer Anleihe aufgerufen worden. Diese Anleihe dient nicht dem Wiederaufbau Berlins, sondern der Finanzierung der sowjetischen Rüstungsplanung und des von sowjetischen Interessen bestimmten Fünfjahrplanes. Noch bedeutender als diese Anleihe, die einer dreiprozentigen Gehaltskürzung gleichkommt, ist die damit verbundene Forderung nach einer unbezahlten Mehrarbeit von mindestens 300 Arbeitsstunden, d.h. mindestens sechs Wochen zusätzlicher unbezahlter Arbeit aller Männer und Frauen, Rentner und Jugendlichen.

Diese kommunistische Maßnahme erfolgt in konsequenter Übertragung sowjetischer Ausbeutungsmethoden auf die sowjetische Besatzungszone Deutschlands.

Die seit 1947 in der Sowjetzone betriebene Wirtschaftspolitik, die Einführung der steigenden Normen durch den Befehl 234, die Maßnahmen zum Abbau der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche, der Aufbau des Antreibersystems in Form der Stachanow-aktivisten und Wettbewerbe, die Übertragung von Verpflichtungen und Selbstverpflichtungen zur Erfüllung der überhöhten Sollziffern bei sinkenden Löhnen und steigender Ausbeutung, die "Legalisierung" von Zwangsverpflichtungen, die Kommandierung der Jugend in rüstungswichtige Berufe, waren nur verschiedene Etappen auf diesem Wege. Die Einführung des Systems der unbezahlten Mehrarbeit ist nichts anderes als die neben der Zwangsarbeit der Gefangenen auch in den Betrieben übliche Form der sowjetischen Zwangswirtschaft.

Der Vorstand der SPD protestiert im Namen der des freien Worts beraubten arbeitenden Menschen der sowjetischen Besatzungszone gegen diese Ausbeutung und ruft alle Belegschaften, Betriebe und Gewerkschaften in der Bundesrepublik auf, die werktätige Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone in gesamtdeutscher Solidarität im Kampf gegen die politische und wirtschaftliche Versklavung zu unterstützen. Der Parteivorstand sieht in der Aktivität zur Herbeiführung freier gesamtdeutscher Wahlen die wirksamste Möglichkeit, den unterdrückten und entrechteten Menschen in der Sowjetzone zu helfen.

+ + +